

**„Nur was dem Menschen dient, ist Aufgabe der Wirtschaft“
Zur Neufassung der Sozialen Marktwirtschaft**

Die Bankenkrise, die Probleme der Kapitalmärkte und die befürchtete weltweite Rezession stellen die Frage nach einer sozial orientierten Marktwirtschaft neu. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ erfährt über 60 Jahre nach seiner Prägung eine Renaissance. Allerdings gilt es zunächst zu klären, an welchen Stellen unser derzeitiges marktwirtschaftliches System bzw. der bestehende Ordnungsrahmen nicht ausreichend leistungsfähig ist. Dies lässt sich meines Ermessens insbesondere in drei Bereichen feststellen.

1. Die Kluft zwischen Arm und Reich, sowohl innerhalb der Industriestaaten¹ als auch zwischen armen und reichen Ländern² kann nicht als Dauerzustand hingenommen werden. Dadurch haben viele Menschen nicht die Möglichkeit, sich die von der Angebotsseite grundsätzlich zur Verfügung stehenden Güter und Dienstleistungen sowie Bildung zu verschaffen.
2. Seit den 70er Jahren ist die Umweltverschmutzung immer stärker ins Bewusstsein der Menschen gekommen. Im Jahr 2007 wurde die Bekämpfung der Klimaerwärmung zur zentralen Aufgabe der Staatengemeinschaften erklärt. Die notwendigen Techniken stehen zur Verfügung oder sind entwickelbar. Maßgebliche Weichenstellungen sind bislang allerdings ausgeblieben.
3. Aktuell beschäftigt die Regierungen und die Bevölkerung in aller Welt die Finanzmarktkrise, die eine Dimension angenommen hat, die so keiner erwartet hat. Die Finanzmarktkrise hat sich zwischenzeitlich zu einer weltweiten ökonomischen Krise ausgeweitet.

Betrachtet man diese Krisen einzeln und für sich, mag man zu dem trügerischen Schluss kommen, unsere kapitalorientierte Marktwirtschaft sei im Grunde heute noch

¹ [3. Armutsbericht der Bundesregierung, Juli 2008](#)

² [International Comparison Program, The World Bank, 2005](#)

leistungsfähig. Betrachtet man die soziale, ökologische und ökonomische Krise insgesamt, ist die Frage nach der Leistungsfähigkeit des gegenwärtigen Systems jedoch unvermeidbar. Insofern der shareholder value im Vordergrund steht, ist der betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich erstrebenswerte und notwendige Gewinn zum alleinigen Ziel des Wirtschaftens geworden. Bei der einseitigen, im Finanzmarkt teilweise isolierten Fokussierung auf einen maximalen Kapitalgewinn, sind – so kann man heute feststellen³, die größten monetären und möglicher Weise auch realwirtschaftlichen Verluste der Geschichte entstanden. Gleichwohl ist die Frage nach der Veränderung des Ordnungsrahmens des Marktes aus der Vergangenheit ideologisch so belastet, dass die nüchterne Betrachtungsweise an dieser Stelle meist aussetzt. Dabei lässt sich die Frage, ob die kapitalistische Marktwirtschaft in der Vergangenheit leistungsfähig war oder nicht, in keiner Weise ideologisch beantworten, sondern nur durch eine nüchterne Bestandsaufnahme.

Weil die Marktwirtschaft erfolgreich war, stößt sie nun an Grenzen

Selbstverständlich ist eine umfassende Analyse an dieser Stelle nicht möglich. Neben der Wahrnehmung der oben genannten drei Krisen kann aber auf jeden Fall Folgendes festgestellt werden:

Materieller Wohlstand an Gütern und Dienstleistungen so wie wir ihn heute kennen, ist ohne ein marktwirtschaftliches System nicht denkbar. Auch viele kulturelle und geistige Leistungen sind nur möglich, weil der materielle Wohlstand als Rahmenbedingung gegeben ist. Das System hat dazu geführt, dass wir heute im Prinzip keine Knappheit mehr in Bezug auf das Angebot von Gütern und Dienstleistungen weltweit haben. Ferner kann festgestellt werden, dass wir trotz der Finanzmarktkrise auch keinerlei Knappheit an Kapital oder Arbeit haben. Die Überkapazitäten in der Automobilindustrie, die Anlage von mehreren hundert Milliarden Euro bei der EZB zu Niedrigstzinsen sowie die international nach wie vor hohen Arbeitslosenzahlen zeigen dies. Dass wir weltweit gleichwohl Armut und Hunger haben macht deutlich, dass trotz vorhandener Angebotskapazitäten ein für viele Menschen existenzielles Verteilungsproblem besteht. Auch eine befürchtete

³ Asian Development Bank, 09.03.2009

Kreditklemme oder der in einzelnen Bereichen zeitweise bestehende Fachkräftemangel bestätigt nur das Verteilungsproblem.

Die Frage nach dem Ordnungsrahmen des aktuellen marktwirtschaftlichen Systems stellt sich meines Erachtens daher nicht, weil es in der Vergangenheit nicht leistungsfähig gewesen wäre, sondern gerade aufgrund seiner außerordentlichen Leistungsfähigkeit.

Das marktwirtschaftliche System baut darauf auf, dass der Einzelne im Streben nach seinem eigenen Vorteil durch „die unsichtbare Hand des Marktes“ (Adam Smith) den allgemeinen Wohlstand nährt. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich auf unter der Voraussetzung, dass es eine Angebotsknappheit an Gütern und Dienstleistungen gibt, die der einzelne wirtschaftliche Akteur bemüht ist zu beseitigen und dafür über den Markt ein Einkommen erzielt. Seit Adam Smith (1723 - 1790) hat dies zu einer fortschreitenden Arbeitsteilung geführt, so dass faktisch der einzelne Wirtschaftsakteur, ob Arbeiter, Angestellter oder Unternehmer, sein Einkommen nur noch dadurch erzielen kann, dass er Anderen „dient“, indem der Verkauf seiner Arbeitsleistung der Bedürfnisbefriedigung der Kunden dient. In der Beseitigung der Angebotsknappheit von Gütern und Dienstleistungen steigt der allgemeine Wohlstand, auch wenn der Einzelne nur nach der eigenen Einkommenserzielung trachtet. Er kann in diesem System sein Einkommen gar nicht anders generieren, als dass er Anderen gegenüber Leistungen erbringt.

Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und Verbesserung der persönlichen oder unternehmerischen Einkommenserzielung hat dieses System enorme Produktivitätssteigerungen hervorgebracht. Diese Produktivitätssteigerungen waren möglich durch die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, und damit durch einen immer höheren Anteil an Kapitaleinsatz. Die Effektivitätssteigerung hat zur zunehmenden Freisetzung des ursprünglich knappen Faktors „Arbeit“ geführt und zu einem Bedarf des zunächst knappen Faktors „Kapital“.

Ferner hat dieses System zu einer ebenso unglaublichen Steigerung des „Findungsreichtums“ nach menschlichen Bedürfnissen und infolge dessen zu einer

heute noch fortschreitenden innovativen Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen geführt.

Der enorme Fortschritt dieser Entwicklung hat zur Folge, dass die Gewinne von Unternehmen, einkommensstarken Privatpersonen aber auch ganzen Volkswirtschaften zu einem steigenden Angebot an Kapital geführt haben. Dies lässt sich an den hohen Exportüberschüssen von Indien, China und den erdölexportierenden Ländern zeigen, an der enormen Eigenfinanzierungskraft von vielen kleinen und großen Unternehmen sowie einem dynamischen Vermögenszuwachs von Alterssicherungsinstituten (z.B. Pensionsfonds).

Durch die Produktivitätsfortschritte der letzten 100 Jahre konnte die Menge von produzierten Gütern und Dienstleistungen im Verhältnis zu der eingesetzten Arbeit stets gesteigert werden. Da das Einkommen aber an die Arbeit gekoppelt ist, führte die zwischenzeitliche Beseitigung der Knappheit von Angeboten für Güter und Dienstleistungen nicht gleichzeitig zur Beseitigung der Armut.

Die Ausgangslage der marktwirtschaftlichen Entwicklung war also die Knappheit von Gütern und Dienstleistungen bei einem scheinbar unbegrenzten Kapazitätsfaktor „Natur“ und einer begrenzten Kapazität der Produktionsfaktoren „Arbeit“ und „Kapital“.

Der einzig knappe Produktionsfaktor: die Natur

Grob zusammengefasst kann festgestellt werden, dass sich durch den Erfolg der Marktwirtschaft diese Verhältnisse völlig geändert haben:

1. Ohne, dass sämtliche Bedürfnisse sowohl reicher als auch insbesondere ärmerer Bevölkerungsschichten gedeckt sind, ist das Angebot von Gütern und Dienstleistungen bzw. deren Produktionsmöglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft. So spricht man zum Beispiel in der Automobilproduktion derzeit von Überkapazitäten in Höhe von 27 Mio. PKW pro Jahr.

2. Von einer Knappheit des Faktors „Arbeit“ kann heute keine Rede mehr sein. Die Produktivitätsfortschritte haben dazu geführt, dass eine Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene faktisch nur noch in wenigen Ausnahmen vorhanden ist. Da Einkommen bis heute prinzipiell an Arbeit gebunden ist, stellt sich die Verteilungsfrage völlig neu.
3. Der ursprünglich als unbegrenzt geltende Produktionsfaktor „Natur“ ist zum eigentlichen Knappheitsfaktor geworden, obwohl die Nutzung des Faktors „Natur“ nach wie vor weitgehend kostenfrei ist. Dies hat zu den ökologischen Problemen wie wir sie heute feststellen, geführt. Daher ist die Bepreisung der Naturnutzung – etwa durch Rohstoffabbau, Wasserverbrauch oder Schadstoffemissionen – eine wesentliche Voraussetzung für die Nachhaltigkeit unserer Marktwirtschaft.
4. Anstatt des ursprünglichen Knappheitsfaktors „Kapital“ gibt es längst ein Überangebot an Geld, das zunehmend nicht in den Konsum oder reale Investitionen fließt. Geld und Kapital scheinen bis heute nicht nur volumenmäßig unbegrenzt vermehrbar, sondern auch vom Anspruch an die Rendite keine Grenzen mehr zu kennen. Üblicher Weise sinkt im Markt ein Preis bei steigendem Angebot. Dieser Marktmechanismus ist bei einem Überangebot von Geld regelmäßig ausgehebelt, denn Geld ist in der Lage, sich seine Nachfrage selbst zu generieren. Wird Geld in Immobilien, Aktien oder Rohstoffen investiert, steigen die Preise, wodurch für den Erwerb solcher Vermögenswerte im Folgenden mehr Kapital erforderlich sein wird. Die Rendite wird durch diese Preissteigerung nominal oder beim Verkauf real höher. Die Folge ist eine Inflation der Vermögenswerte, die im Extremfall etwa zu Immobilienkrisen wie in den USA führt. Dadurch hat sich der Finanz- und Kapitalmarkt immer weiter von seiner einzig sinnvollen Aufgabe entfernt, nämlich Finanzmittel in Form von Krediten oder Eigenkapital zur Finanzierung realwirtschaftlicher Investitionen zur Verfügung zu stellen. Die Folge ist, dass Geld mittels abstrakter Produkte mit enormen Risiken spekulativ in Vermögenswerte gepumpt werden, wie Immobilien, Aktien und Rohstoffe, so dass dort die vorgenannten erheblichen

Überbewertungsblasen entstehen, bei deren Platzen die ganze Finanzbranche ins Trudeln gerät, mit unabsehbaren Folgen für die Realwirtschaft.

Insgesamt zeigen die vorgenannten Entwicklungen und Ungleichgewichte eine deutliche Fehlallokation bestehender Ressourcen. Ein Fortfahren, ohne das bestehende System umzubauen, wird zu einer weiteren Verstärkung der Ungleichgewichte führen. Die Rahmenbedingungen der Märkte müssen dabei so verändert werden, dass soziale und ökologische Notwendigkeiten in die Preiskalkulation einfließen und marktgerechte Preise auch zu sozial- und umweltgerechten Preisen werden. Allerdings kennzeichnen diese Entwicklungen auch enorme soziale, ökologische und wirtschaftliche Chancen, wenn der Ordnungsrahmen entsprechend verbessert wird. Es gibt bereits eine Vielzahl von sinnvollen Beispielen und Lösungsvorschlägen sowohl zum Finanzmarkt, zur Ökologie- bzw. Energiefrage als auch zur sozialen Verteilungsfrage. Das Konzept des Grundeinkommens, die Bepreisung der Naturnutzung, der soziale und ökologische Umbau der Steuersysteme, der Vorrang regenerativer Energien, Regulierungen und Verbote rein spekulativer, abstrakter Finanzgeschäfte und vieles andere mehr könnte hier genannt werden. **Es fehlt zudem keinesfalls an empirischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass wir dringend einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel brauchen und es fehlt auch nicht an Vorschlägen für Maßnahmen für einen solchen Wandel.**^{4, 5, 6}

Ideologien und Interessengruppen helfen nicht weiter

Was fehlt, ist der klare Wille und entsprechende Umsetzungsschritte. Dazu muss vor allem der gängige Leitsatz „Was der Wirtschaft dient, ist auch gut für den Menschen“ geändert werden in „Nur was dem Menschen dient, ist Aufgabe der Wirtschaft“. Norbert Röttgen⁷ spricht von der „Idee der Ordnung der Freiheit, die dem menschlichen Zusammenleben dient“. Nach dem Sozialismus, so Röttgen weiter,

⁴ Stern Review on the Economics of Climate Change, 30.10.2006, http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm;

⁵ Weltagrarbericht des IAASTD vom 15.04.2008, www.agassessment-watch.org,

⁶ UN-Millenniumskampagne, www.millenniumcampaign.de

⁷ Norbert Röttgen, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Interview im General-Anzeiger online vom 26.02.2009

„hat sich nun der marktgläubige Liberalismus und Kapitalismus erledigt. Soziale Marktwirtschaft müssen wir heute im Kontext des 21. Jahrhunderts neu begründen“. Die Chance, die die Kulmination von Armutskrise, Klimakrise und Finanzmarktkrise bietet, ist möglicherweise einmalig. Das Bewusstsein, dass sich grundlegend etwas ändern muss, war nie so groß wie heute. Dass der Wille zum Wandel grundsätzlich vorhanden ist, zeigt u.a. das Wahlergebnis in den USA. Die ideologischen, materiellen oder politischen Besitzstandswahrer müssen dazu allerdings ihre gewohnten Positionen verlassen, um voraussetzungslos an den notwendigen Umbau unserer gesellschaftlichen Systeme und Verhaltensweisen heranzugehen. Dies trifft die Politik genauso wie die Wirtschaft, die Medien ebenso wie alle Bürger. Die Barrieren für die notwendigen Veränderungen liegen letztendlich nicht in ökonomischen oder systemischen Zwängen, sondern bestehen in den Köpfen und möglicherweise Herzen von uns allen.

Im Hinblick auf die Finanzmarktkrise haben die Staaten in einem Kraftakt notwendige Stabilisierungspakete verabschiedet, um Kettenreaktionen zu verhindern. Wenn aber nicht mit der gleichen Intensität eine Neuordnung der Finanzmärkte betrieben wird, stärken diese Pakete die Problemursachen und führen absehbar zu noch größeren Krisen. Nur konsequente Änderungen des ordnungspolitischen Rahmens können die Risikoübernahme in Höhe von mehreren hunderten von Milliarden Euro durch den Staat im Nachhinein legitimieren. Zwar waren die Stabilisierungspakete alternativlos, aber sie können nur etwas gegen die Symptome ausrichten. Im Folgenden werden einige Aussagen zu den Ursachen der Krise gemacht sowie ein Maßnahmenpaket zur nachhaltigen Stabilisierung der Finanzmärkte vorgeschlagen.

Die Finanzwirtschaft muss der Realwirtschaft dienen

Banken und andere Finanzdienstleister stellen den Zahlungsverkehr sicher, nehmen Einlagen entgegen und bündeln diese, um daraus Kredite zu vergeben. Außerdem ermöglichen sie beispielsweise über Emissionen den Zugang zu Unternehmenskapital. Die volkswirtschaftliche Funktion von Banken besteht schlicht darin, die Realwirtschaft mit Zahlungsmitteln und Kapital zu versorgen.

Zu fragen ist also, welche „Leistungen“ der Realwirtschaft und damit dem Wohlstand der Gesellschaft „dienen“, und welche „Leistungen“ nur Selbstzweck des Finanzmarktes sind, die im besten Fall keinen und im Regelfall einen negativen realwirtschaftlichen Nutzen haben?

Unmittelbar der Realwirtschaft dienende Produkte

Das klassische Bankgeschäft mit der direkten Kundenbeziehung zwischen Einleger und Bank auf der einen Seite und Kreditnehmern und Bank auf der anderen Seite zeigt sich in der momentanen Krise als der eigentlich stabilisierende Faktor des Marktes. Dieses der Realwirtschaft unmittelbar dienende Bankgeschäft ist in den letzten 10 Jahren allerdings unter Druck geraten, sowohl was die Struktur der Geschäfte als auch was die Zinsmargen angeht. Im gleichen Zeitraum hat die Regulierung der klassischen Bankgeschäfte in fast jährlichem Rhythmus deutlich zugenommen. Von der dadurch verursachten Bürokratisierung bei entsprechendem Kostendruck waren insbesondere Banken in der Größenordnung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken betroffen.

Zu den unmittelbar der Realwirtschaft dienenden Finanzdienstleistungen gehört außerdem die Beschaffung von Eigenkapital durch Beteiligungsgesellschaften, das Emissionsgeschäft der Banken und auch Teile des Investment Banking. Dienstleistungen in diesem der Realwirtschaft unmittelbar dienenden Bereich ermöglichen überhaupt erst unternehmerische, wirtschaftliche, gemeinnützige oder kulturelle Tätigkeiten. Insofern sollten diese nicht durch weitere Regulierungen belastet werden. Wünschenswert ist in diesem Bereich vielmehr eine Deregulierung.

Mittelbar der Realwirtschaft dienende Produkte

Eine ganze Reihe derivativer Finanzinstrumente wie z.B. Swaps dienen mittelbar dem realwirtschaftlich orientierten Finanzgeschäft, etwa durch die Absicherung von Zinsänderungsrisiken, Laufzeitinkongruenzen und Währungsrisiken, also von Risiken, denen realwirtschaftliche Finanzgeschäfte zu Grunde liegen. Diese derivativen Instrumente sind sinnvoll und notwendig, um ungleichgewichtige Risiken der unterschiedlichen Finanzmarktteilnehmer auszugleichen und im einzelnen Institut steuerbar zu machen.

Allerdings ist eine Abgrenzung dieser sinnvollen Instrumente zu rein abstrakten, nicht mittelbar der Realwirtschaft dienenden Produkten schwierig. Insofern ist gerade im Bereich derivativer Instrumente eine verstärkte Regulierung und Kontrolle erforderlich.

Nicht der Realwirtschaft dienende Finanzprodukte

Viele Finanzprodukte und Finanzunternehmen (z.B. Hedgefonds) dienen nur dem Zweck, durch Spekulation Geld mit Geld zu verdienen. Diese Aktivitäten setzen auf tatsächliche, vermutete und oft selbst beeinflusste oder sogar verursachte Preisänderungen auf Devisen, Aktien, Immobilien, Grundstücks- oder Rohstoffmärkten. Die Ursache der momentanen Finanzkrise ist im Wesentlichen in diesem Bereich zu finden.

Solche und andere rein abstrakte, spekulative Finanzinstrumente dienen in keiner Weise einer gesunden Entwicklung der Realwirtschaft. Sie verursachen vielmehr mittelbar kaum kalkulierbare erhebliche soziale, ökologische und – wie die aktuelle Situation zeigt – vor allem ökonomische Schäden. Solche Instrumente sind daher zu verbieten. Dazu gehören beispielsweise Leerverkäufe, das Verleihen von Aktien und andere Tätigkeiten von Hedgefonds, der Handel mit verbrieften Kreditforderungen und anderes mehr.

Vorschläge für einen neuen Ordnungsrahmen für Finanzmärkte

Einziges Ziel einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft kann nur die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen sein. Welche Bedürfnisse, Werte und Ziele die Menschen als eine Verbesserung ihrer Lebenssituation betrachten muss sich in Freiheit bilden und weiterentwickeln können.

Geld hat in Bezug auf den vorgenannten Zweck der Marktwirtschaft eine sekundäre Funktion. Geld und Kapital selbst sind ein notwendiges Mittel, um die globalen arbeitsteiligen Märkte funktionsfähig zu halten. Ziel einer Neuordnung sollte daher die ausschließliche Funktion des Finanzmarktes als Dienstleister für die Realwirtschaft sein.

Vor diesem Hintergrund schlage ich zur Verbesserung des Ordnungsrahmens der Finanzmärkte die folgenden Maßnahmen vor:

1. Die Bank- und Finanzangebote, die unmittelbar der Realwirtschaft dienen, sind wo möglich zu deregulieren, diejenigen, die mittelbar der Realwirtschaft dienen, zu regulieren und zu kontrollieren sowie diejenigen, die nicht der Realwirtschaft dienen, zu verbieten.
2. Im Zuge der Internationalisierung der Finanzmärkte und der Zunahme an global verfügbarem Kapital erleben wir eine enorme Inflation bei den Vermögenswerten, insbesondere bei Grund und Boden, Immobilien, Aktien und Rohstoffen. Bedingt ist diese Inflation der Vermögenswerte durch zu viel Geld auf den Kapitalmärkten, welches nicht für Investitionen oder Konsum Verwendung findet. Dieses unter Renditegesichtspunkten Anlage suchende Geld wird dabei durch die beschriebenen spekulativen Instrumente potenziert. Die Inflation der Vermögenswerte und die in immer kürzeren Zyklen auftretenden extremen Wertschwankungen haben zu erheblichen realwirtschaftlichen Verzerrungen mit deutlich negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen geführt. Daher ist die Erfassung, Bemessung und Bewertung einer Inflation der Vermögenswerte, wiewohl schwierig, dringend notwendig.
Es besteht seit vielen Jahrzehnten eine globale Übereinkunft, dass Inflation bei Gütern und Dienstleistungen bekämpft und durch unabhängige Notenbanken gemessen, kontrolliert und gesteuert werden soll. Es ist dringend erforderlich, dass für die Inflation bei den Vermögenswerten Vergleichbares geschieht.
3. Rating-Agenturen dürfen nicht mehr in die Entwicklung von Finanzprodukten eingebunden sein. Zum anderen sollten Rating-Agenturen verpflichtet sein, neben der monetären Bonitätsprüfung auch Aussagen darüber zu machen, wie Investitionen realwirtschaftlich verwendet und welche sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen dabei berücksichtigt werden. Dieser Verpflichtung muss selbstverständlich eine entsprechende Transparenzverpflichtung von Banken und Finanzinstituten gegenüberstehen.

Die Angabe, was realwirtschaftlich mit dem Geld gemacht wird, gibt dem Anleger eine wesentliche Urteilsgrundlage, die er braucht, um eine bewusste Entscheidung zu treffen.

4. Die Offshore-Finanzplätze müssen geschlossen beziehungsweise ausgegrenzt oder in einen neuen ordnungspolitischen Rahmen eingebunden werden.
5. Einzelne Finanzinstitute oder spezielle Produkte dürfen in ihrer absoluten Größe oder ihrer Struktur weder global noch national System gefährdend sein. Statt des Credo „größer ist besser“ bedarf es zukünftig begrenzender Strukturkennziffern, wie etwa das maximale Verhältnis der Bilanzsumme einer Bank zum Sozialprodukt eines Landes. Staatliche Stützungen von Übernahmen wie etwa der Dresdner Bank durch die Commerzbank sind auch vor diesem Hintergrund zu hinterfragen.

Grundsätzlich sollte sich staatliches Handeln auf den Rechtsrahmen beschränken, um einen möglichst freien Wettstreit von unterschiedlichen Ideen und Konzepten zu gewährleisten, sowie eine Konzentration der Wirtschaft auf die tatsächlichen Kundenbedürfnisse. Neben einer Veränderung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen bedarf es einer breiten Aufklärungs- und Bildungskampagne zu finanzwirtschaftlichen Themen. Die Tatsache, dass die Art und Weise, wie Geld angelegt, verzinst und verwendet wird, in stärkerem Maße unsere Gesellschaft gestaltet als viele konsumtive oder politische Entscheidungen der Bürger, muss stärker ins öffentliche Bewusstsein kommen.

Bundespräsident Horst Köhler hat auf die Frage, ob wir eine neue Weltwirtschaftsordnung brauchen, geantwortet⁸: „Ja. Wir brauchen in jedem Fall eine neue Ordnung für die internationalen Finanzmärkte. Sie muss Kapital zum Diener der Menschen machen. Und wir brauchen eine Weltwirtschaftsordnung, die alle Menschen auf diesem Planeten an Entwicklung und Stabilität teilhaben lässt. Diese Ordnung muss auch dem Klimawandel und einem verschwenderischen Energie- und Rohstoffverbrauch in der entwickelten Welt systematisch entgegenwirken. Dass die

⁸ in der Neuen Passauer Presse vom 14.03.2009

Schwellenländer allmählich aufholen und so Millionen Menschen aus der Armut herauskommen, kann uns freuen. Aber von den heute 6,5 Milliarden Menschen weltweit leben immer noch deutlich mehr als zwei Milliarden von nur zwei Dollar pro Tag, eine Milliarde sogar nur von einem Dollar. Wenn sich hier nichts ändert, wird das auch in der reichen Welt zu Instabilität und Wohlstandseinbußen führen. Wir brauchen eine Entwicklungspolitik für den ganzen Planeten, also wohlgemerkt auch für die Entwicklung in der industrialisierten Welt. Dazu gehört eine neue Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit - in der Welt und auch bei uns. Bescheidenheit ist ein Wert, der es verdient, wiederentdeckt zu werden. Wir müssen dazulernen.“

So ist die wesentliche Herausforderung in der jetzigen Situation, ob wir Menschen in sozialer und ökologischer Hinsicht ausreichend lernfähig sind.

Thomas Jorberg, Vorstandssprecher GLS Bank